

## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 16.10.2024

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:16 Uhr  
**Sitzungsort:** Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 D.-R.

**Leitung der Sitzung:** Herr Rumpf                      Vorsitzender des Stadtrates  
Frau Koschig                      1. Stellvertreterin  
Herr Bernstein                      2. Stellvertreter

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1                      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 39 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

#### **2                      Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 7.13 seitens der Verwaltung zurückgezogen wird. Grund hierfür ist die Befassung im Landtag mit einem dazugehörigen Gesetzesentwurf.

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, informiert, dass der Einreicher der Fraktionsvorlage des Tagesordnungspunktes 7.24 die Vorlage zurückstellt.

**Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, kritisiert die grundsätzlich nichtöffentliche Behandlung von Grundstücksangelegenheiten und bittet künftig um eine ausdrückliche Begründung der Nichtöffentlichkeit. In der Kommunalverfassung ist dies so nicht geregelt.

Der Stadtratsvorsitzende stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

## **3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2024**

Frau Grabner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, erscheint zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 40 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

**Herr Ratzmann, Fraktion AfD**, kann der Genehmigung der Niederschrift vom 11.09.2024/12.09.2024 nicht zustimmen. Er bemängelt, dass unter TOP 8.6 und 8.16 die Redebeiträge von anderen Stadträten enthalten sind, jedoch nicht der von Herrn Stadtrat Mrosek. Er bittet um Ergänzung.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, berichtet, dass es sich um die Tagesordnungspunkte 8.9 (Machbarkeitsstudie Güterbahnhof) und 8.16 (Beschaffung des Tanklöschfahrzeuges) handelt. In TOP 8.9 wurden von ihm Beispiele genannt, wie die Binnenschifffahrt auf Wasserstoff und Ammoniak umrüstet. Dieser Beitrag fehlt vollständig. In TOP 8.16 hatte er kritisiert, dass 250.000 € für das Bauhausmuseum ohne Belege für den Verwendungszweck genehmigt wurden mit gleichzeitiger Diskussion über das Tankfahrzeug. Auch dieser Beitrag fehlt.

*(Anmerkung Protokollant:*

*Die gewünschten Redebeiträge in TOP 8.9 der Sitzung vom 12.09.2024 wurden im Protokoll ergänzt. In TOP 8.16 ist kein Redebeitrag von Stadtrat Mrosek enthalten. Ergänzt wurde ein Redebeitrag in TOP 8.19.)*

**Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, schließt sich den Ausführungen von Herrn Stadtrat Mrosek an. Auch seine Einlassungen mit Bedenken bezüglich des Denkmalschutzes und der Transparenz des Auswahlverfahrens des Grundstücks fehlen unter TOP 8.9.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, erinnert daran, dass Ergebnisprotokolle, wie im Stadtrat beschlossen, erstellt werden. Wenn Redebeiträge wörtlich im Protokoll wiedergegeben werden sollen, ist dies im Vorfeld anzuzeigen.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, vertritt die Auffassung, dass Stadträte, die Ergänzungen wünschen, dies im Vorfeld der Feststellung bekanntzugeben haben, worüber dann abzustimmen wäre.

Auf Nachfrage des Stadtratsvorsitzenden erklärt **Herr Stadtrat Mrosek**, das Protokoll zurückzustellen und in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu genehmigen. Er selbst erinnert sich nur sinngemäß an seinen Beitrag, sodass er auf die Tonaufnahmen verweist. Er bittet nochmals um Ergänzung.

**Herr George, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, gibt zu bedenken, dass bei der vorgeschlagenen Verfahrensweise ein Verlaufsprotokoll erstellt wird, jedoch kein Ergebnisprotokoll. Dies stellt eine fundamentale Veränderung dar. Der Protokollant legt fest, welche Beiträge niedergeschrieben werden.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, betrachtet die Diskussion als Lernphase und stellt die Niederschrift vom 11.09./12.09.2024 zurück. Mit dem heutigen Tag wird festgelegt, dass Redebeiträge, die im Protokoll erfasst werden sollen, vorher anzusagen sind.

**Herr Stadtrat Dr. Brozowski** stimmt der Verfahrensweise zu. Er muss jedoch Herrn Stadtrat George widersprechen. Vorliegend handelt es sich um kein reines Ergebnisprotokoll. Es sind selektiv Fragen und Bemerkungen enthalten.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, erläutert noch einmal die weitere Verfahrensweise mit einem Ergebnisprotokoll und der vorherigen Ansage von Redebeiträgen, die im Protokoll wiedergegeben werden sollen.

**Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, bittet darum, dass der Wunsch auf Wiedergabe auch noch nach dem Redebeitrag erfolgen kann.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, legt fest, dass dies im Zusammenhang mit der Rede auch im unmittelbaren Anschluss daran erfolgen kann.

## **4 Berichte des Oberbürgermeisters**

### **4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 12. September 2024 bis zum 16. Oktober 2024:

- 11 Personen wurden eingebürgert.
- Am 13.09.2024 fand das Brunnenfest zum Tag des Handwerks statt.
- Es fand ein Festakt im Anhaltischen Theater anlässlich des 250-jährigen Jubiläums des Philanthropinums statt. Der Oberbürgermeister lädt zur Ausstellung „Oldschool oder Avantgarde“ anlässlich des Jubiläums im Museum für Stadtgeschichte ein. Die Eröffnung fand am 26.09.2024 statt.
- Der 65. Jahrestag der Städtepartnerschaft mit Argenteuil wurde mit einem Besuch in der Partnerstadt begangen.
- Er weist auf die Aktionswoche der Digitalen Gewalt vom 25.11. – 29.11.2024 und auf die Gründungswoche „Deutschland 2024“ hin, welche vom 18.11. – 24.11.2024 stattfindet.

### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Es wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse in der letzten Sitzung des Stadtrates gefasst.

## **4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

## **5 Einwohnerfragestunde**

Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 41 stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, erklärt, dass ihm eine schriftliche Anfrage eines Bürgers vorliegt.

**Herr Rohmann** thematisiert die im Krieg beschädigte Wallwitzburg. Einem Zeitungsbericht konnte er entnehmen, dass

1. die Wasserversorgung zeitweilig nicht sichergestellt war und
2. ein Antrag nicht formgemäß gestellt wurde.

Dadurch wurden unerlaubte Grabungen im Bereich des Sees und der Wallwitzburg durchgeführt. Des Weiteren macht er auf das Tierwohl aufmerksam, da in diesem Bereich Schafe stehen.

Er möchte wissen, welche Möglichkeiten es gibt, ein weiteres Vorgehen schnellstmöglich zu realisieren und wie es weitergehen soll. Er möchte des Weiteren wissen, warum es keine Alternativlösung gab, wie beispielsweise durch den Bau eines Brunnens, damit die Tiere weiterhin versorgt hätten werden können.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, erläutert, dass der Schaden durch den Verein verursacht wurde, da dieser es versäumt hatte, sich die notwendigen Baugenehmigungen einzuholen. In Folge dessen kam es zu einem Vertrauensverlust, welcher die Ablösung des Vorsitzenden des Vereins nach sich zieht. Die Schafe stehen nicht auf städtischen Flächen und die Versorgung durch den Eigentümer wird weiterhin sichergestellt.

Eine weitere Bürgerin, **Frau Affmann**, meldet sich zu Wort. Diese wohnt in Dessau-Mosigkau, Am Biberbau. Sie kritisiert, dass die Straße seit Jahren nicht ordentlich befahrbar ist. Bei Regen steht die gesamte Straße unter Wasser und die Kanaldeckel stehen teilweise von der Straße ab. Eine E-Mail, welche sie diesbezüglich an den Oberbürgermeister gesendet hatte, wurde nie beantwortet. Die Bürgerin möchte wissen, wann dort eine ordentliche, asphaltierte Straße errichtet wird. Die Einwohner erwarten, dass dort mal geschoben und/oder mit Schotter gefüllt wird.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, erklärt, dass dieses Problem seit vielen Jahren besteht. Innerhalb der Stadt gibt es viele noch unbefestigte Straßen. Dass das Schieben keine Alternative mehr ist und die Schlaglöcher in der Straße meist nach kurzer Zeit wiederauftauchen, ist ebenfalls bekannt. Das Dezernat für Bauen und Stadtgrün ist bemüht, die betroffenen Straßen zu sanieren. Sie sichert der Bürgerin eine schriftliche Beantwortung zu.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

## **6 Öffentliche Anfragen und Informationen**

**Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, nimmt Bezug auf die zuletzt gestellte Einwohnerfrage. Er sieht das Problem darin, dass es eine rechtliche Verpflichtung der Stadt ist, diese Schäden abzustellen – und sei es durch wöchentliches Schieben, um den Einwohnern den Zugang zu ihren Grundstücken zu gewährleisten.

**Herr J. U. Weber, fraktionsloses Stadtratsmitglied**, stellt eine Anfrage zur Thematik „Umgang mit Anfragen beim Thema Bundesgartenschau (BUGA)“. Es gab vermehrt den Hinweis, dass Anfragen, welche an die öffentliche Mail-Adresse, die im Rahmen der Veranstaltung am 19.08. benannt wurde, gesendet wurden, bislang unbeantwortet blieben.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, entgegnet, dass alle Anfragen, welche im Rahmen der Veranstaltung eingegangen sind, beantwortet wurden. Diese laufen über ihren persönlichen Referenten, Herrn Fackner. Sie sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Stadtrat J. U. Weber** ergänzt noch weitere Hinweise:

1. Er bezieht sich auf die Anfrage der Einwohnerfragestunde von Frau Affmann: Es gibt seit Jahren für dieses Gebiet eine Vorplanung; diese nennt sich „Südlich Mühlenteich“. Eine Anregung aus dem Jahr 2020 im Ortschaftsrat Mosigkau wurde durch das Tiefbauamt aufgenommen. Das Geld dafür ist im Haushalt bereits eingestellt. Die Kapazitäten reichen aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aus.
2. Er bittet Herrn Stadtrat Mrosek, alle Behauptungen im Zusammenhang mit seiner Person, wahrheitsgemäß darzustellen. Er stellt richtig, dass er im Ortschaftsrat Mosigkau über den Besuch des Landesjugendamtes in der Einrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländer informiert hat. Es wurde behauptet, er hätte dies nicht getan. Er bittet Herrn Stadtrat Mrosek dies im nächsten Ortschaftsrat richtigzustellen.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD,** stellt klar, dass er diese Information von einer Kollegin aus dem alten Ortschaftsrat erhalten hat. Er wird dies in der nächsten Sitzung des Ortschaftsrates richtigstellen.

Des Weiteren bedankt er sich beim Tiefbauamt für die Beantwortung hinsichtlich der Luxemburgstraße. Er schlägt Frau Bürgermeisterin Lohde einen Vorort-Termin vor. Weiterhin teilt er mit, dass er in der letzten Sitzung des Stadtrates, am 11.09.2024, Fragen zu den unbegleiteten Asylsuchenden gestellt hatte, welche bislang noch nicht beantwortet wurden. Er bittet um dringende schriftliche Nachreichung bis zur nächsten Woche an das Fraktionsbüro.

**Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum,** informiert, dass ihm bei Spaziergängen im Georgengarten aufgefallen ist, dass dort kleine Zettel an den Bäumen hängen mit dem Hinweis, dass dort in der Nacht Wildschweine bejagt werden. Er stellt fest, dass dieser Bereich besser abgesperrt sein müsste. Des Weiteren wäre eine bessere und offenere Kommunikation zielführender. Da die Zettel nur in deutscher Sprache verfasst sind, sieht er hier eine besondere Fahrlässigkeit.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** entgegnet, dass über die Bejagung der Wildschweine auch in der Presse informiert wurde. Eine besondere Fahrlässigkeit erschließt sich ihm nicht, da Deutsch die Amtssprache ist.

**Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN,** fordert, bei einer Vorort-Begehung der Luxemburgstraße den Stadtbezirksbeirat miteinzubeziehen. Des Weiteren fragt er an, ob in diesem Haushaltsjahr alle geplanten Ausgaben im Investitionshaushalt umgesetzt werden konnten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert, dass im Investitionshaushalt immer mehr geplant wird, als letztendlich umsetzbar ist, wie auch in diesem Jahr.

**Herr Stadtrat Kaßner** möchte daraufhin wissen, warum mit diesen noch offenen Geldern nicht das Eisenbahngelände für die Tierparkerweiterung gekauft wird, da der diesbezügliche Stadtratsbeschluss noch nicht umgesetzt wurde. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erwidert, dass die Investitionen im Investitionsplan fest hinterlegt sind und danach umgesetzt werden.

**Herr Hoffmann, fraktionsloses Stadtratsmitglied,** thematisiert drei Anliegen:

1. Die Verkehrswacht erbringt immense Leistungen, unter anderem bei der Verkehrserziehung in den Grundschulen. Er möchte die Position der Stadt zu dieser Entwicklung wissen. Des Weiteren erfragt er Hilfsmöglichkeiten und den Umgang mit der Problematik in den Grundschulen.
2. Die sehr kurzfristige Entscheidung über die Sperrung der Elbbrücke hat er der Zeitung entnommen. Er weist auf die sensible Lage der Brücke mit gleichzeitiger Sperrung der Ausfahrt Coswig/Richtung München hin und kritisiert die Organisation. Herr Stadtrat Hoffmann erbittet eine Auskunft zu den Rettungswegen und zur Einhaltung der Hilfsfrist.

3. Abschließend erfragt er, wann die neue Sozialplanung zu erwarten ist und betont die Notwendigkeit, nachdem die letzte aus 2017 datiert.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass im Haushalt ein Mietzuschuss und weitere Zuschüsse für die Verkehrswacht hinterlegt sind.

**Herr Müller, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst**, erklärt, dass unter Abstimmung mit den Baufirmen das Passieren der Brücke durch Rettungsfahrzeuge (Feuerwehr und Rettungsdienst) jederzeit gewährleistet war.

**Herr Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied**, merkt zur Problematik der Investitionen an, dass früher im Vorlauf der Stadtratssitzungen eine Übersicht zum Sachstand vorgelegt wurde, sodass der Rat umfassend informiert war. Er regt an, diese Verfahrensweise wieder aufzunehmen.

Weiterhin thematisiert er den Wohnungsmarkt in Dessau-Roßlau. Diesbezüglich stellt er folgende Fragen:

- Wie sind die aktuelle Angebotssituation und die Mietpreisentwicklung der letzten drei Jahre?
- Welche konzeptionellen Vorstellungen der Stadt bestehen?
- Bei wem liegt die Verantwortlichkeit? Wer ist Ansprechpartner?
- Wie erfolgt der Umgang mit dem Leerstand? Wie hoch ist der Leerstand?
- Gibt es Angebote für Studenten der Fachhochschule? Wie weit ist das diesbezügliche Projekt?
- Ist die Zahl der Obdachlosen bekannt? Gibt es ein Programm zur Verhinderung von Obdachlosigkeit, sollte dieses Thema durch die Stadt sozial begleitet werden?

Ferner thematisiert er die schleppende Reparatur des Stadionsdaches und erfragt den Sachstand, den Termin der Fertigstellung, die Verantwortlichkeit sowie die zuständige Bauleitung.

Abschließend spricht **Herr Stadtrat Schönemann** die Entwicklung des Rundbaus des Arbeitsamtes an. Er möchte wissen, ob das Objekt verkauft oder vermietet wird. Weiterhin möchte er erfahren, ob die Mitarbeiter in den Prozess des Ortswechsels und der Neugestaltung der Arbeitsplätze einbezogen werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass die Anfrage zu dem Wohnungsmarkt schriftlich beantwortet wird. Grundsätzlich hat die Stadt über verschiedene Wohnungsanbieter hinweg ein Angebot für unterschiedliche Bedürfnisse. Zur Sanierung des Stadions wird demnächst eine Beschlussvorlage folgen, welche sich bereits in Vorbereitung befindet.

Die vierte Anfrage berührt das Thema Personalangelegenheiten und wird daher im nichtöffentlichen Teil beraten.

**Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, erläutert, dass sie Herrn Stadtrat Schönemann den Mietspiegel und die Beantwortung seiner Anfragen schriftlich zusenden wird. Es gibt zum Mietspiegel eine Arbeitsgruppe, welche sich umfassend damit beschäftigt. Die Obdachlosigkeit ist bundesweit ein großes Thema und sie signalisiert, dass ein Programm zur Prävention benötigt wird. Hilfeleistungen, welche gesetzlich verpflichtend sind, werden im Amt für Soziales und Integration angeboten.

**Herr Marahrens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, führt erneut zur Verkehrswacht aus und informiert, dass die Stadt ein Mitglied im Bündnis „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ ist. Er fragt, ob die Verwaltung plant, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um den neuen Erfordernissen und der Verkehrssicherheit im Weiteren noch mehr Geltung zu verschaffen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** verweist diese Anfrage an den dafür zuständigen Fachausschuss. Konkrete Vorschläge sind seitens der Stadt noch nicht erarbeitet worden.

**Herr Frisch, Fraktion der AfD**, bedankt sich zunächst beim Tiefbauamt für die Behebung des Mangels an der „Kaffeekreuzung“ in Großkühnau. Wetterbedingt kann jedoch kurzfristig der gleiche Zustand wieder eintreten. Das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, das für die Verkehrssicherheit zuständig ist, wird regelmäßig Kontrollfahrten durchführen und gegebenenfalls die Firma erneut zur Gefahrenbeseitigung beauftragen.

Weiter teilt er mit, dass der Heimatverein Großkühnau auf Nachfrage von Stadtrat Frisch anbietet, das traditionelle Gelände am Kühnauer See für eine Veranstaltung zum Bauhausjubiläum am 21.06.2025 zu nutzen. Der entsprechende Kontakt kann über ihn hergestellt werden. Abschließend thematisiert er den enormen Anstieg der Wildschweinpopulation. Auch Kleinkühnau ist massiv davon betroffen. Er bittet daher den Stadtjäger, sich dessen anzunehmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert, dass er den Vorschlag der Festveranstaltung am Kühnauer See gern mit dem Fachamt bespricht.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, erklärt nach einem Hinweis von Herrn Stadtrat H. Weber, dass die Wildschweinjagd dort von einem privaten Pächter durchgeführt werden muss. Der Stadtjäger ist nicht zuständig.

**Herr Stadtrat Fricke, Fraktion SPD**, weist auf das Tempo-30-Schild und das „Achtung Einsatzfahrzeuge“-Schild in der Amalienstraße (Richtung Amtsgericht) hin. Diese wurden wegen der ehemaligen Ausfahrt der Rettungsfahrzeuge dort aufgestellt und könnten nun nach dem Umzug der Rettungswache entfernt werden. Des Weiteren erfragt er den Sachstand bezüglich der Regenbogenschule und dem Abriss.

**Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün**, erklärt, dass die Verwaltung die Ausschreibung für den Abriss und Neubau im Januar

---

2025 derzeit vorbereitet. Bei der Ausschreibung des Neubaus enthält die Ausschreibung die gesamten Planungsleistungen.

**Herr Stadtrat Dr. Brozowski** möchte die Antwort des Oberbürgermeisters auf seinen vorangegangenen Redebeitrag nicht so stehen lassen. Gegen die Amtssprache Deutsch ist nichts einzuwenden, aber es gibt auch viele Touristen und Geflüchtete aus verschiedenen Ländern in Dessau-Roßlau. Er bittet darum, dass der Hinweis ernst genommen wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, die Angelegenheit nicht leichtfertig zu betrachten, wenn er auf die Amtssprache Deutsch verweist. Auch in anderen Ländern wird Derartiges in Landessprache kommuniziert.

**Herr Stadtrat Mrosek** unterstützt den von Herrn Stadtrat Kaßner vorgebrachten Vorschlag, die Stadtbezirksbeiräte bei der Vorort-Begehung der Luxemburgstraße einzubeziehen. Er möchte diese Aufgabe an Herrn Stadtrat Kaßner weitergeben.

**Frau Grabner, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, konnte der Presse entnehmen, dass der Entwurf eines neuen Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vorliegt. Ende September stand zudem in der Mitteldeutschen Zeitung (MZ), dass es kritische Stimmen seitens der Verwaltung zu diesem Gesetzesentwurf gibt. Sie möchte wissen, ob zu diesem Thema bereits ein Dialog mit dem Land zustande kam, in dem Stellung bezogen wurde oder auch ein Austausch mit dem Landtagsabgeordneten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass in dieser Woche ein gemeinsames Gespräch mit den Landtagsabgeordneten stattgefunden hat, in dem die Thematik besprochen wurde. Die Stadt hat sich als ländliches Oberzentrum klar positioniert und den Entwurf abgelehnt. Auch der Städte- und Gemeindebund hat nie befürwortet, dass die Mindestschülerzahlen angehoben werden. In der nächsten Woche wird er mit Frau Oberbürgermeisterin Borris Kontakt dazu aufnehmen. Die Stadt hofft, dass die Zahlen aus dem Gesetz verschwinden. Wie diese Richtwerte erreicht werden sollen, erklärt sich ihm nicht. Er äußert seine Besorgnis über die Entwicklung der städtischen Schullandschaft, insbesondere auch für die Sekundarschulen. Fraglich ist auch, wie die Anpassungen finanziert werden sollen, zumal die Förderung in den nächsten Jahren ausgesetzt ist. Die Stadt ist als Oberzentrum im ländlichen Raum im Landesentwicklungsplan sowie im Entwurf aufgeführt. Dies ist zu berücksichtigen. Um das Land attraktiv zu halten, impliziert dies auch das Attraktivhalten der Ortschaften. Dafür steht die Stadt ein. Er hofft, dass die Regelung mit 25 Schülern für kreisfreie Städte im Landtag keine Mehrheit findet. Die vorhandenen Möglichkeiten werden ausgeschöpft. Das Thema „Konnexität“ erachtet er gerade bei den Grund- und Sekundarschulen als erheblich.

**Herr George, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse den Antrag auf Verlängerung der Redezeit um 15 Minuten. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (30:09:02)

**Frau Koschig, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, knüpft an den Redebeitrag von Frau Stadträtin Grabner an und begrüßt die Kontaktaufnahme mit den Landtagsabgeordneten. Mit der Änderung des Schulgesetzes werden enorme Änderungen und Herausforderungen an die Stadt gestellt. Die Stadt ist ein sehr ländlich geprägtes Oberzentrum und nicht mit Magdeburg und Halle (Saale) vergleichbar. Den Kindern der Stadt würden ihres Erachtens Benachteiligungen gegenüber der beiden anderen Oberzentren entstehen. Dass mehr Lehrer im Zuge dieser Veränderung zur Verfügung stehen, sieht sie nicht, aber eine Erhöhung der Klassenstärke würde stattfinden. Von der Landtagsabgeordneten, Frau Dr. Anja Schneider, hat sie erfahren, dass weitere Bemühungen stattfinden, das Lehramtsstudium an der Hochschule Anhalt zu etablieren. Ein diesbezüglicher Beschluss wurde im letzten Jahr im Stadtrat gefasst, nun sollte sich intensiv darum bemüht werden, die Umsetzung zu unterstützen. Wenn das Land dieses Konzept befürwortet hätte, dann stünden in ein bis zwei Jahren bereits Referendare zur Verfügung und somit auch mehr Lehrkräfte. Sie äußert die Hoffnung, dass das in diesem Jahr eingerichtete duale Lehramtsstudium an der Universität Magdeburg Früchte für die Schulen der Stadt trägt.

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, hinterfragt, ob sichergestellt ist, dass die Fahrzeuge der Stadt und der kommunalen Familie mit der geeigneten Bereifung mit entsprechender Symbolik für den Winter ausgestattet sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet wird.

**Herr Stadtrat Adamek** sieht es als Problem, dass Dessau-Roßlau nicht auf einer Ebene mit Magdeburg und Halle gesehen wird, wenn die Bezeichnung „ländliches Oberzentrum“ so benannt und akzeptiert wird. Es wird alles dafür getan, dass wir weiterhin ein Oberzentrum bleiben. Oberste Priorität ist und bleibt jedoch, das Prinzip „kurze Beine kurze Wege“.

**Herr Stadtrat George** betont, dass der sich anbahnende Lehrermangel seit vielen Jahren bekannt ist. Bislang wurde dieses Problem nicht angegangen, sodass nun diese Herausforderungen bestehen. Anders als mit Fusionierungen wird dieses Problem nicht zu lösen sein. Die Leidtragenden sind die Kinder sowie der ÖPNV, da die Möglichkeiten und Ressourcen nicht vorhanden sind. Auch die Lehrkräfte klagen seit vielen Jahren über nicht angemessene Bezahlung sowie schlechte Arbeitsbedingungen, die sich durch größere Klassen weiterhin verschlechtern. Des Weiteren freut sich Stadtrat George über die Aufmerksamkeit von Stadtrat Frisch für das Bauhausmuseum und begrüßt die Synergie zu dem Ortsteil. Er informiert über einen Antrag im Landtag mit dem Titel „Irrweg der Moderne, für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bauhaus“. Die Landesregierung soll hier die Thematik kritisch hinterfragen und konzeptionell neu einsortieren. Er zitiert einen Satz aus dem Antrag: *„In diesem Zusammenhang ist eine einstige Glorifizierung des Bauhauserbes jedoch abzulehnen und stattdessen ist in einer kritischen Auseinandersetzung ein seriöses und kulturgeschichtliches Gesamtbild aufzustellen, das alle Aspekte des Bauhauses beleuchten.“* Diesen Antrag der AfD-Fraktion erachtet er als doppelzünftig.

**Herr Stadtrat Adamek** führt aus, dass die Ausbildungsrichtlinien für Lehrer im Land Sachsen-Anhalt an den Universitäten in den vergangenen Jahren sehr hoch angesetzt waren. Andere Länder haben sich durch Angebote breiter aufgestellt. Die Ausführungen von Stadtrat George bezüglich der Bezahlung von Lehrern kann er nicht teilen.

## **7 Beschlussfassungen**

### **7.1 Bestimmung von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der Sparkasse Dessau** **Vorlage: BV/203/2024/I-07**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** führt in die Beschlussvorlage ein.

**Herr Fricke, Fraktion SPD**, kritisiert, dass bei Änderungen an Vorlagen die ursprüngliche Version nicht mehr ersichtlich ist. Er bittet nachdrücklich darum, bei künftigen Änderungen die ursprünglichen Versionen in der Beschlussvorlage zu belassen, um eine Nachverfolgung zu gewährleisten. Er bittet weiter um Mitteilung, warum in der aktuellen Vorlage die benennenden Fraktionen bei den sachkundigen Einwohnern nicht ersichtlich sind. Skeptisch äußert er sich über die Richtigkeit des Vorgehens für die Benennung der Mitglieder.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erläutert, dass zur Unterscheidung die Kenntlichmachung von Stadträten durch Nennung der Fraktionen erfolgte.

**Herr J. U. Weber, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates**, vertritt die Auffassung, dass dieser Tagesordnungspunkt nach TOP 7.24 hätte beschlossen werden müssen, da zuvor der alte Sparkassen-Verwaltungsrat entlastet werden muss, bevor der neue Verwaltungsrat benannt werden kann.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, erklärt, dass der vorangegangene Verwaltungsrat der Sparkasse in diesem Jahr noch tätig war und dessen Entlastung für 2024 heute nicht erfolgen wird. Es erfolgt eine jährliche Entlastung.

**Herr Stadtrat Fricke** äußert nochmals seine Bedenken bezüglich der Vorgehensweise und erklärt, dass auch die entsendeten Stadträte über Sachkunde verfügen müssen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bestätigt dies.

**Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

- 1.) Für die Gruppe der **Stadträte** werden auf Vorschlag der berechtigten Fraktionen nachfolgende Stadträte entsandt:  
Zu besetzen sind vier Positionen

- Laurens Nothdurft (AfD)
- Uwe Groneberg (CDU)
- Britta Grahneis (Freies-Bürger-Forum)
- Thomas Picek (Pro Dessau-Roßlau)

- 2.) Für die Gruppe der Stellvertreter wurde folgender Vorschlag unterbreitet:  
Zu besetzen ist eine Position als Stellvertreter.

- René Diederling (AfD)

- 3.) Für die Gruppe der **sachkundigen Einwohner** werden folgende sachkundige Bürger in den Verwaltungsrat vorgeschlagen:  
Zu besetzen sind 3 Positionen als sachkundige Einwohner

- Karin Dammann
- Christiane Nöthen
- Günther Dreibrod

- 4.) Für die Gruppe der Stellvertreter wird entsandt auf Vorschlag  
(zu besetzen ist eine Position):

- Jörn von der Heydt

**Abstimmungsergebnis:** 30:07:04

## **7.2 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Dessau-Roßlau zum 31.12.2015 und Entlastung des Oberbürgermeisters** **Vorlage: BV/077/2024/II-20**

## **Beschluss:**

1. Der geprüfte Jahresabschluss 2015 der Stadt Dessau-Roßlau wird mit folgenden Eckdaten gemäß § 120 KVG LSA beschlossen:
- a. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Überschuss von 10.732.083,85 EUR ab. Dieser Überschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen und in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 10.709.738,44 EUR und in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 22.345,41 EUR zugeführt.

- b. Die Finanzrechnung schließt mit einem Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 9.564.764,15 EUR, mit einem ausgeglichenen Ergebnis aus Investitionstätigkeit und einem Saldo aus Finanzierungstätigkeit von -13.053.119,55 EUR ab.
  - c. Der Bestand an Finanzmitteln erhöhte sich zum 31.12.2015 um 88.602,54°EUR.
  - d. Die Bilanzsumme beträgt 926.488.466,21 EUR zum 31.12.2015.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2015 (Jahresabschluss 2015) die Entlastung.

**Abstimmungsergebnis:** 23:00:18

**7.3        Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Dessau-Roßlau zum  
31.12.2016 und Entlastung des Oberbürgermeisters  
Vorlage: BV/225/2024/II-20**

**Beschluss:**

2. Der geprüfte Jahresabschluss 2016 der Stadt Dessau-Roßlau wird mit folgenden Eckdaten gemäß § 120 KVG LSA beschlossen:
- a. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem ordentlichen Überschuss von 7.634.882,43 EUR und einem außerordentlichen Verlust von 87.139,01 EUR ab. Dieser außerordentliche Verlust wird in Höhe von 23.899,52 EUR durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses und durch 63.239,49 EUR aus dem Überschuss ordentliches Ergebnis gedeckt. In die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses wird der verbleibende Betrag von 7.571.642,94 EUR zugeführt.
  - b. Die Finanzrechnung schließt mit einem Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 12.989.832,94 EUR, mit einem ausgeglichenen Ergebnis aus Investitionstätigkeit und einem Saldo aus Finanzierungstätigkeit von -13.112.486,77 EUR ab.
  - c. Der Bestand an Finanzmitteln reduzierte sich zum 31.12.2016 um 1.084.788,53°EUR.
  - d. Die Bilanzsumme beträgt 929.673.025,14 EUR zum 31.12.2016.
3. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gemäß § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2016 (Jahresabschluss 2016) die Entlastung.

**Abstimmungsergebnis:** 23:00:18

---

**7.4      Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau - Feststellung**  
**Vorlage: BV/221/2024/I-SKD**

**Beschluss:**

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2022 einschließlich Lagebericht des Städtischen Klinikums Dessau mit einer Bilanzsumme in Höhe von 114.876.365,18 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 6.630.171,49 EUR wird festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 32:01:08

**7.5      Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau – Behandlung Jahresfehlbetrag**  
**Vorlage: BV/222/2024/I-SKD**

**Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates**, stellt fest, dass der Fehlbetrag gemäß der Beschlussvorlage einer Gewinnrücklage entnommen wird. Er möchte wissen, wie hoch diese Gewinnrücklage noch ist und wie in der Zukunft perspektivisch solche Fehlbeträge abgedeckt werden sollen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** informiert, dass die Gewinnrücklage bei 24 Mio. Euro liegt. Die Verluste werden gegen die Gewinnrücklage gebucht. Er erläutert ausführlich die weitere Vorgehensweise und stellt fest, dass die Möglichkeiten des Ausgleichs von Fehlbeträgen nur bedingt in städtischer Hand liegen. Das Bestreben liegt darin, die Aufwände zu minimieren und die Erträge zu erhöhen. Dies wird jedoch nicht ausreichend sein, ohne dass das Vergütungssystem angepasst wird.

Der Stadtratsvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Es wird beschlossen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 6.630.171,49 durch Entnahme aus den Gewinnrücklagen auszugleichen.

**Abstimmungsergebnis:** 35:01:05

---

**7.6 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2022**  
**Vorlage: BV/230/2024/I-OB**

**Beschluss:**

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2022 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 29:06:06

**7.7 geänderter Wirtschaftsplan 2024 des Städtischen Klinikums Dessau**  
**Vorlage: BV/244/2024/I-SKD**

Nach einer kurzen Einführung durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck stellt der Stadtratsvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der geänderte Wirtschaftsplan 2024 und die Mittelfristplanung für die Jahre 2024 bis 2027 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

**7.8 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2023**  
**Vorlage: BV/166/2024/I-ATD**

**Beschluss:**

Der durch die unabhängige Henschke und Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Töpferplan 1, 06108 Halle (Saale) geprüfte und bestätigte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 451.132,11 EUR und einer Bilanzsumme in Höhe von 27.501.191,31 EUR wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.9            Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau - Ergebnisverwendung**  
**Vorlage: BV/167/2024/I-ATD**

**Beschluss:**

1. Der Jahresgewinn in Höhe von 451.132,11 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.
2. Der Abschreibungswert des Jahres 2023 Altes Theater in Höhe von 129.841,62 EUR wird der zweckgebundenen Rücklage Altes Theater entnommen und der zweckgebundenen Rücklage zugeführt.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.10            Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2023**  
**Vorlage: BV/168/2024/I-ATD**

**Beschluss:**

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2023 entlastet.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.11            Unternehmensangelegenheiten**  
**Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2023**  
**Vorlage: BV/309/2024/II-20BTM**

Aufgrund der Befangenheit nehmen **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Herr J. U. Weber, fraktionsloses Stadtratsmitglied, Herr Hoffmann, fraktionsloses Stadtratsmitglied**, sowie **Herr Ratzmann, Fraktion AfD**, nicht an der Abstimmung teil.

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 40 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

**Beschluss:**

Die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2023 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 34:00:02:04

**7.12      Mitgliedschaft im Vorstand des Gewässerunterhaltungsverbands „Nuthe/Rossel“**  
**Vorlage: BV/319/2024/V-83**

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, bittet darum, dass als Mitglied des Vorstandes die Kontrollfunktion wahrgenommen wird.

Der Stadtratsvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Stadt Dessau-Roßlau schlägt, bedingt durch die Notwendigkeit der Neuwahl des Vorstands nach Abschluss der Kommunalwahlen, den im Folgenden benannten Mitarbeiter der Stadtverwaltung zur Neuwahl in das Organ des Vorstands als ordentliches Mitglied des auf dem Gebiet der Stadt-Dessau-Roßlau tätigen Gewässerunterhaltungsverbands „Nuthe/Rossel“ vor:

UHV „Nuthe/Rossel“: ordentliches Mitglied im Vorstand - Herr Frank Unger

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:00

**7.13      Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau ab 2025 (Hebesatzsatzung)**  
**Vorlage: BV/318/2024/II-20**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers von der Tagesordnung genommen.

**7.14      Änderung der Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertreter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen**  
**Vorlage: BV/316/2024/II-20BTM**

Herr Eichelberg, Fraktion SPD, betritt die Sitzung und Herr George, Fraktion Bündnis90/ Die GRÜNEN, verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verbleibt bei 40 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern.

Nach einer Aussprache stellt **der Vorsitzende des Stadtrates** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Änderung der Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertre-

ter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 15:10:15

**7.15      Maßnahmebeschluss zur Errichtung eines Instituts- und Lehrgebäudes**  
**Vorlage: BV/246/2024/I-SKD**

**Herr Bernstein, fraktionsloses Stadtratsmitglied**, erfragt, ob für dieses Institut geplant ist, eine Photovoltaikanlage (z. B. auf dem Dach) zu installieren.

**Herr Dr. Zagrodnick, ärztlicher Direktor des Städtischen Klinikums Dessau**, bestätigt dies.

Nach einer Aussprache stellt der Vorsitzende des Stadtrates die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Dem Maßnahmebeschluss zur Errichtung eines Instituts- und Lehrgebäudes in Höhe von insgesamt ca. 30 Millionen EUR wird vorbehaltlich

1. der Genehmigung des geänderten Wirtschaftsplanes 2024 des Eigenbetriebs Städtisches Klinikum und
2. dem Erhalt eines Zuwendungsbescheides in entsprechender Höhe

zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:00

Nachdem Tagesordnungspunkt wird eine 20-minütige Pause durchgeführt.

**7.16      Sanierungsgebiet “Dessau-Nordwest“ - Satzung zur Aufhebung der Sanierungssatzung**  
**Vorlage: BV/270/2024/I-61**

**Herr Stadtrat Schönemann, fraktionsloses Stadtratsmitglied**, hinterfragt die heutigen drei Beschlussvorlagen. Über die Jahre hinweg wurde über verschiedene Satzungen abgestimmt und die Stadtentwicklung wurde immer mit klarer Zielrichtung begleitet und mit entsprechenden Förderungen untersetzt, welche u. a. auch nachgewiesen werden muss. Er möchte wissen, ob es eine Abschlussbetrachtung der Satzungen gibt und welchen Ergebnisnutzen es gibt. Weiterhin fragt er an, ob es ei-

ne Fortschreibung im Umgang mit diesem Prozess gibt. Über die Zukunftsreise hat man auch versucht INSEK zu novellieren, die Ergebnisse hat man aber nicht einfließen lassen. Es besteht Handlungsbedarf.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bittet um Rederecht für Frau Steinhart. Er erklärt, dass im Grunde die Ziele hier erreicht wurden und ein Teil der Auswertung ist in der Beschlussvorlage enthalten.

**Frau Steinhart, kommissarische Leiterin des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung**, erklärt, dass die Schlussabrechnung dem Land vorgelegt wurde und dazu ausgeführt wurden ist, in wieweit die Sanierungsziele erreicht wurden (was größtenteils gelungen ist). Die Abrechnung wurde gemacht, weil das Programm geschlossen wurde. An der Fortschreibung des INSEK wird weiterhin gearbeitet und es wird betrachtet, welche Gebiete weiterhin im Fokus stehen sowie welche Maßnahmen weiterhin wichtig sind und wie die Förderkulissen angepasst werden sollen. Bis Ende des Jahres sollte ein Entwurf des INSEK im Stadtrat vorgestellt werden.

Nach einer Aussprache stellt der Stadtratsvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der am 30.07.2005 im Amtsblatt der Stadt Dessau bekanntgemachten Sanierungssatzung „Dessau-Nordwest“ (**Anlage 2**) in der Fassung der letzten Änderung (1. Änderungssatzung beschlossen am 13.07.2005). Mit Veröffentlichung wird diese rechtswirksam.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:03

**7.17 Sanierungsgebiet “Dessau-Nord“ - Satzung zur Aufhebung der Sanierungssatzung**  
**Vorlage: BV/271/2024/I-61**

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der am 29.01.2000 im Amtsblatt der Stadt Dessau bekanntgemachten Sanierungssatzung „Dessau-Nord“ (**Anlage 2**) in der Fassung der letzten Änderung (1. Änderungssatzung am 22.12.1999 beschlossen). Mit Veröffentlichung wird diese rechtswirksam.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:03

**7.18 Sanierungsgebiet "Altstadt Roßlau" - Satzung zur Aufhebung der Sanierungssatzung**  
**Vorlage: BV/272/2024/I-61**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der am 29.10.1993 im Amtsblatt der Stadt Roßlaus bekanntgemachten Sanierungssatzung „Altstadt Roßlau (**Anlage 2**)". Mit Veröffentlichung wird diese rechtswirksam.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:03

**7.19 Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Vorlage: BV/288/2024/I-61**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Anlage 4 auf der Seite 2 von Seiten des Amtes für Umwelt- und Naturschutzes konkretisiert wurde. Danach stellt er die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Die als Anlagen beigefügten Entwürfe

- des Bebauungsplans Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" in der Fassung vom 19.08.2024 (siehe Anlage 2) und der dazugehörigen Planbegründung mit Umweltbericht in der Fassung vom 19.08.2024 (siehe Anlage 3)

werden gebilligt. Gemeinsam mit den als Anlagen 3.1 bis 3.3 und 4 aufgeführten Unterlagen werden sie zur Veröffentlichung im Internet nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die Veröffentlichung im Internet sowie die zusätzliche öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung ist zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis:** 30:10:01

**7.20      5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt – Billigungs- und Auslegungsbeschluss**  
**Vorlage: BV/289/2024/I-61**

**Beschluss:**

1. Die als Anlagen beigefügten Entwürfe

- der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt in der Fassung vom 19.08.2024 (siehe Anlage 2) und
- der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht (siehe Anlage 3) in der Fassung vom 19.08.2024

werden gebilligt. Gemeinsam mit den als Anlagen 3.1 bis 3.3 und 4 aufgeführten Unterlagen werden sie zur Veröffentlichung im Internet nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die Veröffentlichung im Internet sowie die zusätzliche öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung ist zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis:** 30:08:03

**7.21      Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" – Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Vorlage: BV/296/2024/I-61**

**Beschluss:**

3. Die in den Anlagen beigefügten Entwürfe

- des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" in der Fassung vom 9. Juli 2024 (siehe Anlage 2),
  - der dazugehörigen Planbegründung (siehe Anlage 3) mit Umweltbericht (siehe Anlage 3.1),
- und
- des Durchführungsvertrages (Anlage 5)

werden gebilligt. Zusammen mit den in Anlage 3.2 bis 3.4 und 4 aufgeführten Unterlagen werden sie zur Veröffentlichung im Internet und zusätzlichen öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die Veröffentlichung im Internet und die zusätzliche öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.22      3. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau  
"Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" – Billigungs-  
beschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung  
Vorlage: BV/297/2024/I-61**

**Beschluss:**

5. Der in der Anlage 2 beigelegte Entwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Roßlau in der Fassung vom 5. März 2024 und die dazugehörige Planbegründung (siehe Anlage 3) mit Umweltbericht (siehe Anlage 3.1) werden zusammen mit den in der Anlage 3.2 bis 3.4 und 4 beigelegten Unterlagen zur Veröffentlichung im Internet nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die Veröffentlichung im Internet sowie die zusätzliche öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

---

**7.23      European Energy Award - Fortführung 2025-2027**  
**Vorlage: BV/265/2024/III-KSM**

**Beschluss:**

1. Dessau-Roßlau setzt die Teilnahme am European Energy Award fort.
2. Die notwendigen Mittel für die Zertifizierungsperiode bis 2027 sind im Haushalt einzuplanen.
3. Der Stadtrat ist über die Ergebnisse der jährlichen internen Audits sowie über das externe Audit 2027 zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:00

**7.24      Blaualgenbekämpfung Naturbad Mosigkau**  
**Vorlage: FV/015/2024/StR**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers von der Tagesordnung genommen.

**7.25      Stellungnahme des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau zum Bürgerentscheid gegen die geplante Finanzierung der BUGA 2035**  
**Vorlage: BV/335/2024/I-OB**

**Herr Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, hinterfragt, ob es eine konkrete Kampagne gibt, die in den nächsten Wochen umgesetzt werden kann und wenn ja, wie diese aussieht.

Nach einer Aussprache stellt gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse die **Fraktion AfD** den Antrag auf namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch stellt Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN, gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse einen Antrag auf Ende der Debatte. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (30:09:02).

**Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, hinterfragt, ob und wie die Kampagne zur Bundesgartenschau (BUGA) finanziert wird und woher die Mittel kommen. Weiterhin möchte er erfahren, wie die Initiatoren und Organisatoren des Bürgerentscheides bezüglich der entstehenden Kosten behandelt werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass der Prozess schon weit vor seinem Amtsantritt als Oberbürgermeister stattgefunden hat. Bereits unter der Leitung seines Vorgängers wurde die Machbarkeitsstudie begonnen. In einer Sache können sich

alle Beteiligten einig sein: Die BUGA ist eine enorme und einmalige Chance für die Stadt. Er möchte der Bürgerversammlung am 20.11.2024 vorgreifen und erklärt, dass auch in der Stellungnahme der Verwaltung die Chancen aufgegriffen wurde, z. Bsp. günstigere Rahmenbedingungen, Fachkräftezuwachs und attraktivere Lebensräume. Die BUGA ist zudem ein gutes Argument um in den nächsten 10 Jahren Fördertöpfe zu öffnen, welche der Stadt gut tun werden. Er erklärt, dass selbstverständlich eine Kampagne stattfinden, in der die Verwaltung erneut informiert und Entscheidungen vertreten wird.

Nachdem Ende der Rednerliste stellt der Vorsitzende des Stadtrates die Beschlussvorlage zur namentlichen Abstimmung. Die Auflistung ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

### **Beschluss:**

Die in der Anlage 2 befindliche Stellungnahme des Stadtrates zum Bürgerentscheid gegen die geplante Finanzierung der BUGA 2035 wird gemäß § 27 Abs. 2a KVG LSA beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 25:13:03

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt und eine Pause von 5 Minuten durchgeführt. Innerhalb der Durchführung der Pause verlässt Herr Zoogbaum, Fraktion AfD, die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 40 stimmberechtigte Mitglieder.

## **10 Schließung der Sitzung**

**Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates** stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 21:16 Uhr.

Dessau-Roßlau, 16.12.24

---

Frank Rumpf  
Vorsitzender Stadtrat

---

J. von Kloeden  
Schriftführerin